

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangeline monatlich 2,75 M., durch den Postbezugsstellenpreis 3,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gepaltene Normalzeile 1,50 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 9 gepaltene Werksamzeige 4,80 M., einschließlich Inserentenentgelt. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisänderung 20 Pf.

Nr. 28

Dresden, Mittwoch den 4. Februar 1920

31. Jahrg.

Um die Zwangswirtschaft

Der Arbeiterchaft droht eine schwere Gefahr. Die Agrarier haben einen wütenden Sturm unternommen, um die Aufhebung der Zwangswirtschaft herbeizuführen, und die gegenwärtige Ernterücklage unserer Produktion ist neben dem Mangel an Kohle zweifellos auch darauf zurückzuführen, daß viele Landwirte ihre Vorräte zurückhalten, um dadurch die Einführung der freien Wirtschaft zu erzwingen. Da die Zwangswirtschaft nicht hat verhindern können, daß wir in eine so große Notlage geraten sind, besteht die Gefahr, daß auch welche Kreise der Verbraucher sich von den Agrariern ins Schlepptau nehmen lassen und ihrer Behauptung Glauben schenken, daß nur die Beseitigung der Zwangswirtschaft und weitere Vorkehrungen die Lage bessern können.

Aber nur, wer die ganze Wirtschaftslage Deutschlands richtig versteht, kann es für möglich halten, daß unter Volk in absehbarer Zeit noch völliger Wiederherstellung der freien Wirtschaft existieren kann. Unsere Ernährung vor dem Kriege beruhte auf einer starken Einfuhr von Getreide und Futtermitteln. In den nächsten Jahren werden wir erhebliche Mengen von Nahrungs- oder Futtermitteln aus dem Ausland nicht mehr einführen können, weil uns die Zahlungsmittel fehlen werden. Jeden Versuch, größere Mengen von Nahrungs- oder Futtermitteln aus dem Ausland zu beziehen, werden wir mit dem erneuten Sinken unserer Valuta bestrafen müssen, wodurch die Einfuhr so wie jetzt schließlich unmöglich wird.

Wir werden in Deutschland, ob wir wollen oder nicht, im wesentlichen mit dem Ertrag unseres Bodens auskommen müssen. Dazu kommt, daß wir einen Teil unserer wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgebiete verloren haben. Aber die Wirtschaft mit der gebotenen unermüdbaren Arbeit leben will, muß begreifen, daß wir uns unter allen Umständen auch in den nächsten Jahren in einer ähnlichen Lage befinden werden wie während des Krieges. Das deutsche Volk wird sich nicht so erziehen dürfen, wie es das vor dem Kriege gewohnt war, und wenn nicht ein Teil des Volkes verhungern soll, werden wir durch eine Regelung der Nahrungsmittelwirtschaft dafür sorgen müssen, daß jeder wenigstens einigermaßen versorgt wird. Gewiß, die Zustände, die sich unter der Zwangswirtschaft entwickelt haben, sind wenig schön. Aber das, was einträte, wenn wir die Zwangswirtschaft einfach beseitigen, wäre sicher noch viel schlimmer. Viele der übsten Erscheinungen, unter denen wir heute leiden, sind auch nicht auf das Bestehen der Zwangswirtschaft zurückzuführen, sondern darauf, daß unsre Vorräte zu knapp sind.

Welche Zustände müssen sich aber ergeben, wenn wir nach der nächsten Ernte unsere Nahrungsmittelbewirtschaftung vollkommen aufheben? Es wird häufig behauptet, daß nach einer völligen Freigabe unserer Nahrungs- und Futtermittel die Preise unter den beiden würden, die heute bereits im Schleichhandel gezahlt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist das aber nicht glaubhaft. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie ungeheuer heute die Preise für Getreide gestiegen sind. Wir müßten auch nicht, die Preise für Getreide gestiegen sind, daß bei einer völligen Freigabe die Preise der Nahrungsmittel immer und immer wieder in die Höhe gehen. Infolge der Entwertung unserer Mark, die sich auch in den nächsten Jahren nicht wird beilegen lassen, wird dem Steigen der Nahrungsmittelpreise durch die Möglichkeit der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse kaum eine Grenze gesetzt sein.

Heute wird wenigstens ein Teil des Bedarfs der Bevölkerung durch rationierte Nahrungsmittel gedeckt, und es handelt sich bei den Rationen, die im Schleichhandel erfolgen, nur darum, die Rationen zu ergänzen. Wenn wir die Rationierung ganz aufheben, so wird die Bevölkerung sterben, das ist überhaupt nicht mehr bestritten. Sie wird von einer Angstlähmung ergriffen werden und wird sich deshalb beim Einkauf von Nahrungsmitteln noch mehr überbieten, als jetzt beim Einkauf von Schleichhandelswaren. Das kolossale Steigen aller Preise, das dann eintritt, müßte natürlich zu neuen Lohnforderungen führen, und wenn die Löhne erhöht worden sind und dadurch die Kaufkraft wieder vermehrt ist, werden auch wieder für die Nahrungsmittel höhere Preise geboten werden. Auf diese Preissteigerungen werden dann natürlich wieder Lohnforderungen folgen müssen. So müßte also durch die Freigabe der Nahrungsmittel die Inflation, die durch unsre Zwangswirtschaft geht, noch vermehrt werden. Die Störungen unseres Wirtschaftslebens durch Streiks würden sich häufen und die Geldentwertung und damit die Menge unseres Papiergeldes würde in einem noch viel schnelleren Tempo zunehmen als jetzt. Vor allem aber besteht bei der freien Wirtschaft die Gefahr, daß ein zu großer Teil unserer Nahrungsmittel verfaulen wird. Die besterhaltenen Schichten der Bevölkerung sind bereit, auch die allerhöchsten Preise für Fleisch anzulegen, und damit würde ein starker Anreiz für die Landwirte gegeben sein, unsere Viehhaltung sehr stark zu vergrößern, wobei das gerade wäre eine große Gefahr für unsre Volksernährung. Die Fleisch- und Viehwirtschaft, die wir heute haben, ist vielleicht nicht einmal deshalb so wichtig, weil es mit ihrer Hilfe gelingt, auch den ärmeren Schichten der Bevölkerung wenigstens geringe Mengen Fleisch zu noch einigermaßen erträglichen Preisen zu verschaffen, sondern vor allem deshalb, weil durch sie die Landwirte davon abgehalten werden, allzu

viel Vieh aufzuzüchten. Solange wir nicht die Sicherheit haben, daß wir die uns fehlenden Futtermittel aus dem Ausland einführen können, führt jede zu starke Vermehrung unseres Viehbestandes mit Sicherheit dazu, daß an Getreide und Kartoffeln ein geradezu katastrophaler Mangel entsteht, der uns eine Hungerkatastrophe bringt.

Eine Kommission, die beim preussischen Landwirtschaftsministerium eingesetzt ist, schlägt vor, daß zwar nicht eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgen soll, daß aber alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben werden sollen. Das zur Befriedigung des dringenden Bedarfs der Bevölkerung notwendige Getreide soll auf dem Wege der Umlage aufgebracht werden, und zwar eine Menge von 208 Gramm pro Kopf. Bisher hat man aber überall, wo eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgte, die liebsten Erfahrungen gemacht. Die Preise für die freigegebenen Nahrungsmittel sind so kolossal gestiegen, daß sie in gar keinem vernünftigen Verhältnis zu den Preisen der bewirtschafteten Nahrungsmittel standen. Würde nach den Vorschlägen der Kommission verfahren, so bestünde die Gefahr, daß der Getreideanbau zugunsten des Anbaues anderer Erzeugnisse sehr stark zurückginge. Und ob es in Wirklichkeit auch möglich sein wird, die umgelegten Mengen Getreide tatsächlich anzubringen, ist zum mindesten zweifelhaft. Außerdem würde es bei der Befolgung der Vorschläge dieser Kommission nicht möglich sein, die Verteilung großer Mengen von Nahrungsmitteln, besonders von Kartoffeln, zu verhindern, die wir für die menschliche Ernährung unbedingt brauchen.

Sehr zweifelhaft ist es auch, ob in Wirklichkeit mit der Aufhebung oder einer weiteren Lockerung der Zwangswirtschaft den Landwirten ein Gefallen getan wäre. Von der unausbleiblichen Steigerung der Preise und der Preise für alle Zubehörsgegenstände würden auch die Landwirte wieder schwer getroffen. Viele Landwirte würden wahrscheinlich das, was sie infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft mehr einnehmen, auf der anderen Seite wieder mehr ausgeben müssen. Einen Vorteil hätten wahrscheinlich nur die Großgrundbesitzer.

Gewiß muß sorgfältig geprüft werden, ob eine unbedingte Beibehaltung des bisherigen Systems zweckmäßig ist. Es wird von den Landwirten behauptet, daß durch die Preise,

die sie jetzt für ihre Produkte erhalten, nicht einmal die Ausgaben gedeckt würden, die ihnen für den Dünger erwachsen, den sie aufwenden müssen, wenn der Ertrag gesteigert werden soll. Es wird Aufgabe unserer Regierung sein, sorgfältig zu prüfen, ob diese Behauptung richtig ist. Es darf natürlich nicht ohne weiteres allen agrarischen Behauptungen geglaubt werden und es wäre ja nur zu begrüßen, wenn die Landwirte die Dinge schärfer darstellten, als sie tatsächlich sind. Ergeben aber sorgfältige Berechnungen, daß irgendwo die Preise unter den Herstellungskosten zurückbleiben, so wird eine Anpassung der Preise an die Produktionskosten unvermeidlich sein.

Auch der Gedanke der Umlage, der von der Kommission vertreten wird, könnte vielleicht nutzbar gemacht werden, aber eine solche Umlage müßte nicht nur beim Getreide, sondern auch bei andern Erzeugnissen eintreten, um dadurch ungefähr den bisher rationierten Bedarf der Bevölkerung zu decken, die überflüssigen Mengen dürften aber nicht freigegeben werden, weil ihre Preise dann ins Ungemessene stiegen, sondern müßten auch abgeliefert werden, könnten aber, vielleicht um den Landwirten den Anreiz zu einer höheren Produktion zu geben, höher bezahlt werden als die innerhalb des festgesetzten Umlagekontingents liegenden Mengen.

Unter keinen Umständen aber dürfen sich unsere Genossen in der Regierung dazu bereitwillig lassen, daß sie sich mit einer Aufhebung oder einer weiteren Lockerung der Zwangswirtschaft einverstanden erklären. Sollten die bürgerlichen Parteien auf der Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehen, so müssen unsere Genossen aus der Regierung austreten, denn die Verantwortung für das Chaos, das nach einer Aufhebung der Zwangswirtschaft eintreten muß, kann die Sozialdemokratie unter keinen Umständen tragen.

Zwangsmittel gegen die Landwirtschaft

(Eigene Drahtmeldung)
Berlin, 3. Februar. Zur Frage der Herabsetzung der Preisobergrenzen für die Ernährungsmittel in Deutschland ist der Reichsausschuß für die Ernährungsmittel zur Zeit erreicht hat, da die Vorräte nahezu erschöpft sind. Die Regierung will zu energischen Zwangsmitteln gegen die Landwirtschaft greifen, weil sie sich wahrscheinlich nicht anders zu helfen weiß. Minister Schmidt hat Vollmacht zu gewaltsamen Zwangsmitteln gegen die Landwirtschaft zur Ablieferung von Nahrungsmitteln erhalten. Ferner wird das Rückgabeverbot des Ministers Rothe aufrechterhalten. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Ablieferung des Brotgetreides mit militärischen Zwangsmitteln erreicht werden soll.

Die Liste des Hasses

Von der Auslieferungsliste der Entente, die unserm Pariser Geschäftsträger gestern überreicht wurde, hat uns die holländische Presse einige Kostproben verabreicht. Gleichwohl, ob die mitgeteilten Namen — zwanzig von angeblich acht-hundert! — stimmen oder nicht, jedenfalls bekommt man einen kleinen Vorgeschmack dessen, was uns erwartet:

Es gibt wohl keinen Menschen im ganzen Ausland, der da glaubt, die deutsche Regierung sei imstande, ein paar hundert Menschen nach Belieben der Entente, darunter Persönlichkeiten, die sich in manchen Volkskreisen immer noch großen Ansehens erfreuen, wie mancherlose Hund zusammenzuführen und abtransportieren zu lassen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß uns Sozialdemokraten große Namen nicht blenden, und daß wir allen, die durch unmensliche Behandlung wehrloser Menschen Schuld an sich geladen haben, die Strafe gönnen, die sie verdienen. Es gibt aber weder in der Sozialdemokratie, noch gar rechts von ihr irgend jemand, der die Auslieferungsforderung der Entente für gerecht und vor allem, der sie für durchführbar hält.

Als im Juli 1914 die österreichische Regierung in ihrem berichtigten Ultimatum an Serbien die Forderung aufstellte, den österreichischen Behörden solle erlaubt werden, sich an der Untersuchung der Ursprünge des Attentats von Sarajewo auf serbischem Boden zu beteiligen, erhob sich in der ganzen europäischen Presse ein wahrer Entrüstungssturm gegen diese unerhörte Zumutung. Die Bewilligung dieser Forderung sei das Ende Serbiens als selbständiger Staat, so lautete das allgemeine Urteil, dem sich auch die sozialdemokratische Presse Deutschlands mit der größten Entschiedenheit angeschlossen. Als dann die serbische Regierung von Wien eine nähere Erklärung dieses Punktes erbat und dabei die Ansicht durchzuführen ließ, Oesterreich wolle in die Verfolgung der Verdächtigen und Oesterreich wolle in die Verfolgung der Verdächtigen und Oesterreich wolle in die Verfolgung der Verdächtigen, da wies die österreichische Antwortnote eine solche Auffassung mit dem größten Nachdruck zurück. Sie erklärte es für eine Unterstellung, daß Oesterreich in die serbische Nachforschung eingreifen wolle und versicherte, nichts anderes sei beabsichtigt, als eine Mitwirkung österreichischer Polizeibehörden an der Feststellung der Schuldigen. Trotzdem blieb die öffentliche Meinung der Welt mit Recht dabei, daß Oesterreich den Pöbel weit überspannt habe.

Jetzt hat die deutsche Regierung der Entente selber etwas angeboten, was die österreichische Regierung von der serbischen gar nicht verlangt hat. Sie ist bereit, die von der Entente als verdächtig bezeichneten Personen vor ein

deutsches Gericht zu stellen und Organe der Entente an diesen Akten der Rechtsprechung teilnehmen zu lassen. Dieser Entschluß zeigt, in welche fürchterliche Lage wir geraten sind und zu welchen Zugeständnissen die deutsche Regierung bereit ist, um der unmöglichen Forderung der Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an feindliche Gerichte zu entgehen.

Wenn die Entente dennoch auf der Auslieferung besteht, so zeigt sie damit, daß es ihr gar nicht darauf ankommt, dem Recht zum Siege zu verhelfen, sondern daß ihre Absicht ist, Deutschland durch Hervorbringung immer neuer Arrien gänzlich zu ruinieren. Aber eigentlich, wenn man in diesem Zusammenhang von der Entente als einem Ganzen spricht, so ist auch das schon unrichtig. Es waren nur die englische und französische Regierung, die auf den Auslieferungen beharrten, während alle andern Regierungen erklärten, an ihnen gar kein Interesse zu haben. Diese Regierungen haben die Auslieferungen niemals gewünscht, sie haben nur England und Frankreich sozialogen absichtlich ihren Willen gelassen. Mittlerweile ist auch in England ein tiefer greifender Umsturz eingetreten, jedoch es eigentlich von der ganzen Entente nur noch Frankreich ist, das mit ungebildetem Eigensinn an dieser Forderung festhält. Würde etwa in einer Versammlung der Mitglieder des Völkerbundes eine Abstimmung darüber vorgenommen werden, ob an dieser Forderung festzuhalten sei oder nicht, so würde sich die Versammlung gegen wenige Stimmen für den Verzicht ausprechen.

Die internationale Lage ist so unsicher wie nur je zuvor. Was wir vom Osten her zu erwarten haben, das weiß kein Mensch. Die Wirtschaftslage birgt für alle Völker unabwehrbare Gefahren. Es wird gar nicht mehr so lange dauern, bis wiederum einsehen wird, daß die Welt ein lebendes und leistungsfähiges Deutschland braucht, wenn sie nicht durch Deutschlands Zerstörung mit in den Abgrund gerissen werden will. Die kurzzeitige Forderung der Auslieferung zu Werte gehen, in höchstem nur noch mit jener zu vergleichen, mit der die Mittelmächte vor 5 1/2 Jahren in den Weltkrieg geangenen sind.

Die Liste überreicht

Paris, 4. Februar. Die Vollstreckungskonferenz unter dem Vorsitz von Jules Cambon genehmigte gestern den Text der Note, die gestern nachmittag dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Fehren v. Lersner mit der Liste der Personen, deren Auslieferung verlangt wird, über-